



050144

## Regierungsrat zum neuen Berufsbildungsgesetz

# Unakzeptable Kostenaufteilung

UW. «Die im Entwurf zum neuen Berufsbildungsgesetz vorgesehene Kostenaufteilung kann so nicht akzeptiert werden», schreibt der Uerner Regierungsrat in seiner Vernehmlassung. Die Finanzierung sei abhängig von der Form des neuen Finanzausgleiches. Und die Ablösung der Anlehre sei zu wenig durchdacht.

Der Bundesrat hatte die Kantonsregierungen eingeladen, bis am 15. Oktober zum Vorentwurf des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG) Stellung zu nehmen. Der Uerner Regierungsrat bewertet den Entwurf für ein neues BBG grundsätzlich als positiv. «Er stellt eine bessere Rechtsgrundlage dar, als es das gültige BBG ist. Am Bewährten wird festgehalten, was auch ein Anliegen der Wirtschaft ist», heisst es in der Pressemitteilung des Uerner Regierungsrates vom 19. Oktober. Das neue BBG soll Grundlage sein für die berufliche Ausbildung, die einen wichtigen Aspekt der Arbeitswelt und eine gemeinsame Aufgabe der Berufsorganisationen, der Kantone und des Bundes darstellt. «Die Kantone und die Berufsorganisationen tragen die hauptsächlichen finanziellen Lasten und sollen deshalb auch viel Autonomie erhalten. Das duale (tri-ale) System mit der bewährten Verbindung von Praxis und Theorie muss weiterhin als zentraler Pfeiler unserer Berufsbildung beibehalten und gleichzeitig weiterentwickelt werden.»

### Ablösung der Anlehre: zu wenig durchdacht

Die Ablösung der Anlehre durch eine berufspraktische Ausbildung und die damit verbundene Abschaffung der zweijährigen Berufslehren sei zu wenig durchdacht. «Es wäre kaum mehr möglich, für Personen mit Lernschwierigkeiten individuell unterschiedliche Lernziele zu definieren, wie das mit der heutigen Anlehre möglich ist», meint der Regierungsrat. Begrusst würde hingegen ein Ausbau der Anlehre in ihrer heutigen Form mit verbesserten Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Abschaffung der zweijährigen Lehren (zum Beispiel Verkäufern) hatte ebenfalls schwerwiegende Konsequenzen, da zurzeit in unserem Kanton 12 Prozent der Lehrverhältnisse zweijährige Lehren seien. «Wenn man die zweijährigen Berufslehren um ein Jahr verlängert, wird das sehr grosse finanzielle Folgen nach sich ziehen, mehr Klassen an den Berufsschulen und damit verbunden zusätzlicher Bedarf an Infrastruktur, Räumlichkeiten und Lehrpersonal. Zudem würde sich das Lehrstellenangebot in den betroffenen Berufen um einen Drittel reduzieren», heisst es in der Stellungnahme. – Der erweiterte Einbezug aller Berufsbildungszweige in den Geltungsbereich des Gesetzes (Berufe im Gesundheits-, Sozial- und Kunstbereich) stellt einen Verfassungsauftrag dar und wird vom Regierungsrat positiv beurteilt. Über die konkrete Umsetzung und die Konsequenzen für die Kantone mussten im erläuternden Bericht aber klarere

Aussagen gemacht werden

### Ein Rahmengesetz?

Das neue BBG soll ein Rahmengesetz darstellen. Dieser richtige Ansatz werde im vorliegenden Entwurf aber zu wenig konsequent verfolgt. Der Regierungsrat des Kantons Uri: «Sehr viele wichtige Entscheidungen werden erst auf Verordnungsstufe getroffen. Einerseits ist ein flexibles Rahmengesetz erwünscht, andererseits besteht aber die Gefahr, dass das Gesetz in wichtigen Punkten (zum Beispiel Aufgabenteilung, Kostentragung) zu wenig konkret ist. In verschiedenen Bereichen bezieht der Bund im Gesetzesentwurf die Kantone nicht ein oder greift in deren Autonomie ein. Hier sind noch Korrekturen nötig.»

### Abhängig vom Finanzausgleich

Am heftigsten kritisiert der Uerner Regierungsrat die im Gesetzesentwurf vorgeschlagene Kostenaufteilung zwischen Bund und Kantonen, die so nicht akzeptiert werden könne. «Zwar wird im erläuternden Bericht darauf hingewiesen, dass diesbezüglich noch verschiedene Fragen offen seien. Die Aussagen sind aber noch unklar und teilweise widersprüchlich. Definitiv kann eigentlich erst über die Finanzierung der Berufsbildung diskutiert werden, wenn geklärt ist, ob und in welcher Form der neue Finanzausgleich realisiert wird.»

